GLOBAL 31.03.2020 | Philipp Fink & Alexander Rosenpländer & Hans-Joachim Preuss

Einfach mal chillen

In der Krise setzen die Schweden auf Gelassenheit. Nepal, Kirgistan und Benin können sich das nicht leisten.

Schweden

In Schweden fahren sie noch Ski und Finnlands Hauptstadt Helsinki ist komplett abgeriegelt. So ähnlich uns Deutschen die nordischen Länder oft erscheinen, so unterschiedlich sind doch ihre Strategien im Kampf gegen das Corona-Virus. Dänemark etwa hat das öffentliche Leben nahezu komplett heruntergefahren, Norwegen handhabt das ähnlich. Einzig Schweden geht einen sehr viel lockereren Weg. Obwohl es bereits mehr als 100 Tote (Stand Sonntag 29.3.2020) im Land gibt, die an Covid-19 gestorben sind, dürfen die Schweden ihrem Alltag mehr oder weniger normal nachgehen. Die Grundschulen bis Klasse 9 und die Kindergärten sind geöffnet, Restaurants und Bars auch. Diejenigen, die im Homeoffice arbeiten können, machen das auch. Universitäten und die Oberstufen der Schulen haben auf Online-Unterricht umgestellt und Zusammenkünfte von mehr als 50 Personen sind nicht mehr gestattet. Ansonsten wird die Abstandsregel empfohlen, Ältere sollen möglichst zu Hausen bleiben, ebenso alle, die sich krank fühlen. Die Menschen sollen auf Reisen ins Ausland und im Land verzichten.

Die Strategie dahinter stammt vom Staatsepidemiologen Anders Tegnell, der die Regierung berät. Er argumentiert, dass die Fallzahlen ungefähr gleich blieben und die Zahl der Intensivpatienten sogar fast zurückgehe. Die Maßnahmen im Land zeigten also Effekte im Vergleich zu den Ländern, die es ganz schlimm erwischt habe. Die Sterberate gleicht eher der in Deutschland als den Werten in Italien und Spanien.

Allerdings wird in Schweden auch vergleichsweiße wenig getestet. Man beschränkt sich auf die Risikogruppen und Schwererkrankte, weil es zu wenig Testkits gibt. Daher wird über eine sehr viel höhere Dunkelziffer als die bis zum Sonntag bestätigten 3 700 Infektionsfälle spekuliert, ebenso darüber, dass Schweden heimlich eine Art Herdenimmunität erlangen will, also das Virus frei durch das Land reisen lassen wolle, um die Bevölkerung möglichst schnell zu immunisieren.

Offiziell ist die laxe schwedische Strategie aber das Ergebnis einer Analyse der bisherigen Entwicklung der Pandemie. Infiziert wurden in Schweden hauptsächlich Personen, die nicht in den Risikogruppen zu finden sind. Zudem haben sich die meisten Erkrankten während der Skiferien in Italien und Österreich angesteckt, sind demzufolge meist jünger und fitter. Darüber hinaus ist das Land uneinheitlich betroffen, mit den meisten Infizierten in der Hauptstadt-Region um Stockholm, gefolgt von den Gebieten um Göteborg und Malmö herum.

Viele Infektionsfälle in Stockholm konzentrieren sich in den somalisch geprägten Einwandererviertel der Hauptstadt. Die Familien leben vielfach in Mehrgenerationenhaushalten auf engem Raum zusammen, haben also keine Möglichkeit auf Abstand zu gehen; möglicherweise kommen auch die Informationen rund um das Corona-Virus schlecht bei ihnen an.

Das zurückhaltende Vorgehen der Regierung im Kampf gegen Covid-19 ist auch mit der schwedischen Konsensgesellschaft zu erklären. Konflikte vermeiden und Kompromisse finden sind wichtige Werte für das Land mit seinen etwas mehr als zehn Millionen Einwohnern. Die Politiker üben sich deshalb im Spagat zwischen der Freiheit des Einzelnen, die es zu schützen gilt, und der Verhinderung einer Ausbreitung des Virus. Hinzu kommt, dass die Menschen ihrer Regierung in hohem Maß vertrauen, so dass sie sich auch ohne Druck an deren Appelle halten. Die Maxime ist, der Gesellschaft gegenüber eigenverantwortlich zu handeln.

Das zurückhaltende Vorgehen der Regierung im Kampf gegen Covid-19 ist auch mit der schwedischen Konsensgesellschaft zu erklären. Konflikte vermeiden und Kompromisse finden sind wichtige Werte für das Land.

Schweden legt bei all seinen Maßnahmen im Kampf gegen das Virus Wert auf demokratische Legitimation. Bei Bedarf dürfen nun auch Grundschulen und Kindergärten geschlossen werden. Dieses vor kurzem verabschiedete Gesetz haben allen Parteien im Parlament mitgetragen, was ein seltenes Ereignis in dem ansonsten politisch stark polarisierten Land ist.

Dieses Gesetz war notwendig, da es der Regierung in Stockholm an Kompetenzen in der Gesundheits- und Bildungspolitik mangelt. Beide Bereiche gehören in das Aufgabenspektrum der Regionen und Kommunen. Die schwedische Regierung ist an sich sehr schlank. Viele Entscheidungs- und Durchführungskompetenzen sind an staatliche

Agenturen ausgelagert. Im Fall der Pandemie ist die Regierung auf den Rat der mächtigen und eigenständigen nationalen Gesundheitsbehörde angewiesen. Sie macht die wissenschaftlichen Vorgaben in der Corona-Krise und die Regierungspolitiker folgen.

Doch die stetige Zunahme der Ansteckungen im Rest der Welt, die teils drakonischen Maßnahmen der Nachbarstaaten und die traumatischen Bilder aus Frankreich und Südeuropa sorgen auch für Unmut innerhalb des Landes. Wissenschaftler kritisieren die Intransparenz der berechneten Infektionszahlen, auf die sich die Gesundheitsbehörde bei ihren Entscheidungen bezieht. Es werde zu wenig und zu spät getan, heißt es von Medizinern aus Krankenhäusern. Dem Gesundheitssystem drohe eine Katastrophe, wenn der Scheitel der Infektionskurve in Schweden erreicht werde. Die Corona-Krise gilt als Lackmustest des vielgepriesenen schwedischen Wohlfahrtsstaats, der ähnlich dem NHS in Großbritannien ein starker Identifikationsfaktor der Schweden ist. Und das, obwohl seit einigen Jahren an gesundheitlichen Versorgungsleistungen gespart wird und vieles in dem Sektor privatisiert worden ist.

Beim renommierten Karolinska Institut in Stockholm wurden jüngst 600 Mitarbeiter entlassen: Pflegepersonal inklusive. Gerade auf dem Land wurde die Gesundheitsversorgung ausgedünnt, um Kosten zu sparen. Denn die Regierung verfolgte bis vor Kurzem eines der strengsten Schuldenverbote der Welt. Aktuell stehen den mehr als zehn Millionen Einwohnern gerade einmal rund 520 intensivmedizinische Betten zur Verfügung. Finnland mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern hat 300 Betten mehr. Sicherheitshalber stellt das Militär jedenfalls schon Behelfslazarette in den größeren Städten in Schweden auf.

Trotz der zurückhaltenden Vorgehensweise des schwedischen Staats ist die Wirtschaft bereits jetzt schwer von der Pandemie betroffen. Der schwedische Wirtschaftsboom ist abrupt zu Ende gegangen. Die großen Industrie- und Bauunternehmen haben ihre Beschäftigten und Arbeiter nach Hause geschickt. Die Bänder bei Volvo, Scania und Skanska stehen still. In der dritten Märzwoche hatten sich bereits 13 000 Menschen arbeitssuchend gemeldet. Das ist der höchste Anstieg der Arbeitslosigkeit in der jüngeren schwedischen Geschichte. Die Stockholmer Handelskammer hat berechnet, dass die Krise insgesamt 800 000 Menschen den Job kosten könnte. Es wird mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 10 Prozent bis zum Sommer gerechnet. Arbeitsmarktmaßnahmen werden im Moment zusammen mit den Sozialpartnern erarbeitet.

Um die Konjunktur zu stützen, will die Reichsbank 300 Milliarden SEK

in den Geldmarkt pumpen. Die sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierung hat bereits ein Unterstützungspaket für die schwedische Wirtschaft in Höhe von 300 Milliarden SEK (circa 27 Milliarden Euro) verabschiedet. So sollen Unternehmen Steuern erlassen bekommen, die Lohnfortzahlungen von erkrankten Arbeitnehmern übernommen werden, kleinere und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige unterstützt werden, etwa durch staatliche Kreditbürgschaften oder die Übernahme von Gewerberaummieten bis zu 50 Prozent. Der Luftfahrtsektor erhält Kreditgarantien in Höhe von fünf Milliarden schwedischen Kronen (453 Millionen Euro) bekommen, von denen allein 1,5 Milliarden Kronen an die skandinavische Fluglinie SAS gehen werden.

Ob die wirtschaftspolitischen Instrumente ausreichen, um die Folgen der Pandemie abzufedern, hängt vom Erfolg der schwedischen Strategie in der Corona-Krise ab. Angesichts des zurückhaltenden schwedischen Vorgehens reibt sich die Welt jedenfalls die Augen. Doch die schwedische Regierung hält sich bei noch weiter reichenden Eingriffen in die Freiheit ihrer Landsleute zurück, um bei einer Verschärfung der Situation noch Handlungsoptionen zu haben. Andere Länder hätten dann ihr Pulver längst verschossen.

Philipp Fink, FES Schweden

Nepal und Kirgistan

Die Erfahrung von Not und Ausnahmezustand mit globalem Ausmaß angesichts der Covid-19-Pandemie kann zu einem neuen Miteinander führen. In Notzeiten gelte es zusammenzustehen; Solidarität sei oberste Priorität – so hört und liest man es dieser Tage vielerorts. Vielleicht spendet dieser kollektive Lockdown am Ende tatsächlich ein neues Gefühl für gesellschaftlichen Zusammenhalt, auch wenn das Gemeinschaftserlebnis angesichts der Wahrung physischer Distanz fehlt. Mit Blick auf die Grenzen, die überall auf der Welt und selbst in Europa verschlossen werden, scheint sich der in den Medien und den sozialen Netzwerken viel beschworene und zelebrierte Solidaritätsgedanke allerdings immer nur bis zum nächsten Schlagbaum zu erstrecken.

Vielleicht steckt in der Krise auch tatsächlich das Potenzial für einen progressiven Neuanfang. Mit Blick auf die ärmsten und armen Länder der Erde kann einem angesichts der zu erwartenden Auswirkungen der Pandemie allerdings nur angst und bange werden. Hier könnte es in absehbarer Zeit um das nackte Überleben gehen. Wo Deutschland klotzt statt kleckert, richtigerweise Abstand vom Mantra der schwarzen Null und den Fuß von der Schuldenbremse nimmt, um durch großangelegte

Hilfsmaßnahmen die Auswirkungen der Covid-19-Krise für ihre Volkswirtschaft und Bevölkerung abzufedern, stehen Länder wie Nepal oder Kirgistan vor dem Abgrund. Beide *„land-locked" countries* haben keine nennenswerten Industrien und kaum Wertschöpfung im eigenen Land. Viele Waren müssen importiert werden, von Brenn-und Treibstoffen bis hin zu Grundnahrungsmitteln.

Das Resultat dieser strukturellen Schwäche ist ein massives Handelsdefizit, das zum allergrößten Teil über den Export günstiger, zumeist ungelernter Arbeitskräfte und deren Rücküberweisungen finanziert wird. Zielländer der Arbeiter und Arbeiterinnen sind häufig die ölproduzierenden Volkswirtschaften in Russland (im Fall von Kirgistan) beziehungsweise die Golfstaaten – wo sie auf Baustellen oder in haushaltsnahen Dienstleistungen tätig sind. Der kriseninduzierte Verfall des Ölpreises, den Russland und Saudi-Arabien durch einen Preiskampf um die verbliebenen Kunden auf dem Weltmarkt verschärfen, und der erwartbare Einbruch der globalen Wirtschaft wird zuallererst die Arbeitsmigranten treffen. Jeweils etwa ein Drittel des jährlichen Bruttoinlandsprodukts beider Länder machen die Rücküberweisungen aus. Das Geld dient zu großen Teilen direkt dem Lebensunterhalt der Familien der Arbeitsmigranten in ihren Herkunftsländern, dem Bau von Häusern für die Familien und bestenfalls der Finanzierung von bescheidenem Wohlstand.

Sollten die steten Überweisungen aus dem Ausland ausbleiben, trifft es jedoch nicht nur einzelne Familien, sondern die gesamten Volkswirtschaften, da Investitionen, Handel und Binnennachfrage zum Erliegen kommen werden. Die Folgen sind absehbar unmittelbare Not und ein Einbrechen der nationalen Ökonomien, die ohnehin schon jetzt auf die Hilfe internationaler Geber angewiesen sind.

Viele Nepalesen und Kirgisen sehen keine andere Möglichkeit für eine bessere Zukunft als ihr Heimatland zu verlassen. Dabei nehmen die Arbeiter häufig verheerende Arbeitsbedingungen in Kauf: Die vielen toten Nepalesen auf den WM-Baustellen in Qatar haben zumindest zu einer globalen Wahrnehmung des Problems geführt – in Nepal sagt man, dass jeden Tag ein Sarg aus den Golfstaaten am einzigen internationalen Flughafen des Landes in Kathmandu ankommt. Beziehungsweise ankam, denn seit kurzem ist der Flugverkehr komplett eingestellt, das Land vom Rest der Welt abgeschottet. Immer noch stecken einige Tausend internationale Touristen fest. Es herrscht Ausgangssperre, außer für Beschäftigte in „essentiellen Dienstleistungen" wie Wasser, Nahrungsmittelproduktion, -vertrieb, öffentliche Sicherheit und um Lebensmittel einzukaufen.

Nepal war lange Corona-frei. Es gab einen einzigen bestätigten Fall – ein Student, der im Januar aus Wuhan zurückgekehrt war. Spätestens nach der Bestätigung des zweiten (eine nepalesische Studentin aus Frankreich) und dem dritten Fall (ein Rückkehrer aus den Golfstaaten) hat die Regierung drastische Massnahmen ergriffen, aktuell gilt ein einwöchiger „lockdown". Nachvollziehbar und quasi alternativlos, würde das Gesundheitssystem bei einem größeren Corona-Ausbruch doch sofort kollabieren. Es bleibt zu hoffen, dass es noch früh genug ist, um die Ausbreitung tatsächlich zu stoppen. Bei lediglich etwa 700 getesteten Personen ist es allerdings unmöglich, von belastbaren Zahlen zu sprechen, die Dunkelziffer könnte bereits hoch sein.

Wenn es die beiden Länder nicht schaffen, mit der Situation allein umzugehen, bleibt aktuell nur der große Nachbar China als Hoffnungsträger. Europa scheint indes wieder einmal mit sich selbst beschäftigt.

Einen Tag später folgte der große Nachbar dem Beispiel Nepals, Indiens Präsident Narendra Modi verkündete eine dreiwöchige weitgehende Ausgangssperre. Auch die sonst offene Grenze zwischen beiden Ländern wurde soweit wie möglich geschlossen. Zwar sollen Waren noch passieren können, aber es ist absehbar, dass es schnell zu Versorgungsengpässen kommen wird. Nepal importiert viele Güter des täglichen Bedarfs aus Indien.

Ganz ähnlich ist die Situation in der einzigen Demokratie Zentralasiens, Kirgistan, wo nach ersten graduell eingeführten Massnahmen, wie Einreisebeschränkungen für Reisende aus Hochrisikoländern und Schulschließungen, seit dem 25. März der Ausnahmezustand gilt. Die Regierung versucht, mit drastischen Mitteln den Anstieg der aktuell noch geringen Fallzahlen zu verhindern. Das öffentliche Leben ist in der Hauptstadt Bischkek und andernorts weitestgehend zum Erliegen gekommen. Auch hier: Eine verständliche Reaktion, denn das unterfinanzierte und marode Gesundheitssystem hätte im Falle einer Ausbreitung dem Virus wenig entgegenzusetzen.

Derweil sind die Grenzen zu den umliegenden Ländern für den Personenverkehr allesamt geschlossen. Zwar steht die Grenze zu Kasachstan, über die auch die wichtigen Importe aus Russland kommen, für Warenimporte offiziell noch offen. Seit einigen Tagen stauen sich allerdings die LKWs an der Grenze und es drohen Lieferengpässe auch von Grundnahrungsmitteln. Gepaart mit der perspektivisch sprungartig ansteigenden Armut, da viele Arbeitnehmer nun ihre Anstellung verlieren werden, gibt dieses Szenario allen Grund zur Sorge um die Stabilität des Landes, das sich bislang als parlamentarische Demokratie in

einem autoritären Umfeld behauptet.

Bei einbrechenden Steuereinnahmen und gleichzeitig in die Höhe schießenden Kosten für Sozial- und Gesundheitssysteme ist die Prognose für Kirgistan und Nepal schlecht. Wenn es die beiden Länder nicht schaffen, mit der Situation allein umzugehen – und das wird eine Mammutaufgabe –, bleibt aktuell nur der große Nachbar China als Hoffnungsträger. Europa scheint indes wieder einmal mit sich selbst beschäftigt.

Alexander Rosenpländer, FES Kirgistan, und Jonathan Menge, FES Nepal

Benin

Seit Anfang der Woche ist um den Süden Benins ein Sperrgürtel gelegt worden. Für zwei Wochen darf niemand herein und niemand hinaus. Warenlieferungen sind zwar nicht betroffen, doch dürften die zusätzlichen Barrieren zu einer Verlangsamung oder Reduzierung der Versorgung der bevölkerungsreichsten Region des kleinen Landes in Westafrika führen.

Bislang sind lediglich sechs Fälle in Benin offiziell bestätigt worden. Dennoch hat die Regierung zunehmend das gesamte Arsenal der Prävention aufgefahren: Wurden anfangs ankommende Flugreisende nur auf Symptome von Covid-19 untersucht und zur Auto-Isolierung angehalten, werden die wenigen Passagiere heute unmittelbar in eine vierzehntägige Zwangsquarantäne unter militärischer Bewachung verfrachtet. Die Außengrenzen sind seit einer Woche dicht. Am Sonntag wurden Schulen, Universitäten und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen. Versammlungen mit weniger als zehn Personen sind erlaubt, aber auch nur dann, wenn ein Mindestabstand von einem Meter eingehalten wird. Märkte, Geschäfte und Restaurants sind angehalten, für ausreichend Handwaschstationen zu sorgen. Busse dürfen nicht mehr fahren; Taxis nur noch drei Fahrgäste transportieren; die Fahrer der am meisten genutzten öffentlichen Verkehrsmittel, der Motorradtaxis, müssen für sich und ihre Begleiter eine Atemschutzmaske bereithalten.

Benin hat keine andere Chance, als die Ausbreitung des Virus nach Möglichkeit zu verhindern. Denn das Gesundheitssystem ist auf einen Massenausbruch der Krankheit nicht vorbereitet. Doch so schnell und richtig die drakonischen Entscheidungen in der aktuellen Lage erscheinen: Sie konkret umzusetzen dürfte nicht leichtfallen. Denn wie sollen diejenigen, die im informellen Sektor als Marktfrauen, als Schubkarrenfahrer, als Hausangestellte arbeiten, zur Arbeit kommen?

Wie können in den Stadtvierteln und Dörfern, in denen Wasser nach wie vor Mangelware ist, die Hygienevorschriften eingehalten werden? Wie kann man auf den engen Straßenmärkten, wo fast jeder Quadratmeter für die Warenauslage genutzt wird, Abstand wahren? Die Voraussetzungen für eine wirksame Vorbeugung im Alltagsleben sind also begrenzt; und es ist nur zu hoffen, dass die Abschottung des Landes nach dem Auftreten des ersten Falls gewirkt hat.

Benin hat keine andere Chance, als die Ausbreitung des Virus nach Möglichkeit zu verhindern. Denn das Gesundheitssystem ist auf einen Massenausbruch der Krankheit nicht vorbereitet.

Die sozialen Auswirkungen der Corona-Krise sind vor allem bei den unteren Einkommensgruppen bereits jetzt spürbar. Tausende Angestellte von Bars, Kneipen und Restaurants wurden entlassen. Die Schließung von meist informell geführten Kindergärten zwingt arbeitende Frauen, zu Hause zu bleiben und auf das magere Einkommen zu verzichten. Ein gutes Drittel der Schulkinder erhält in den Grundschulen täglich kostenlos eine Mahlzeit; mit den Schulschließungen fällt diese Unterstützung der schmalen Budgets ärmerer Haushalte weg. Viele Fahrer von Motorrad-Taxis sind zu ihren Familien in die Dörfer zurückgekehrt.

Es ist davon auszugehen, dass sich die ökonomische Situation gerade von Armutsgruppen mittelfristig erheblich verschärft: Benins großer Nachbar Nigeria, mit 200 Millionen Einwohnern der größte Markt Westafrikas, wird durch den Zusammenbruch des Erdölmarkts erheblich weniger agrarische Güter nachfragen. Die Weltmarktpreise für Baumwolle, dem Hauptexportprodukt des Landes, sind auf den tiefsten Stand seit fünf Jahren gefallen; die Ernte steht gerade bevor, und Lagermöglichkeiten sind begrenzt. Transferzahlungen von Migranten, die über 250 Millionen Euro jährlich betragen, und die zur Hälfte aus Nigeria stammen, dürften kräftig sinken und die davon abhängigen Familien belasten.

Vermutlich sind die Kollateralschäden der Pandemie für Benin schlimmer als das Virus selbst. Keine berauschenden Perspektiven für ein Land, das zu den ärmsten der Welt gehört.

Hans-Joachim Preuß, FES Benin



Philipp Fink
Stockholm

Dr. Philipp Fink leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Schweden. Zuvor war er als Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik in Berlin tätig.



Alexander Rosenplänter
Bischkek

Alexander Rosenplänter leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kirgistan. Davor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Stiftung in Shanghai und im Referat Internationale Politikanalyse in Berlin tätig.



Hans-Joachim Preuss
Cotonou

Hans-Joachim Preuß vertritt als Auslandsmitarbeiter die Friedrich-Ebert-Stiftung in Cotonou, Benin. Zuvor war er im In- und Ausland für GTZ, Welthungerhilfe und GIZ tätig.